

KOMPAKT

Behrings «Kautio»
zu Recht beschlagnahmt

BELLINZONA – Die Bundesanwaltschaft hat 1,8 Millionen Franken, die der Basler Financier Dieter Behring vor seiner Verhaftung seinen Anwälten als «Kautio» überwiesen hat, zu

Recht beschlagnahmt. Das Bundesstrafgericht in Bellinzona hat zwei Beschwerden Behrings und seiner Anwälte abgewiesen.

Die Beschwerdeführer hatten argumentiert, es fehle an einem hinreichenden Tatverdacht, weshalb die Beschlagnahme unzulässig sei. Laut dem Urteil des Bundesstrafgerichts finden sich – jedenfalls beim derzeitigen Stand des Verfahrens – genügende Verdachtsmomente, die eine Beschlagnahme rechtfertigen. Es sei unbestritten, dass das Vermögen Behrings im Wesentlichen auf Lizenzentnahmen aus seinem Handelssystem zurückzuführen sei. Allein im Jahr 2003 habe Behring beziehungsweise seine Aktiengesellschaft rund 100 Millionen Franken an Lizenzgebühren erhalten. Unstrittig sei auch, dass vom Gesamtinvestitionsvolumen von ungefähr 890 Millionen nur noch ein Bruchteil vorhanden und der Verbleib der restlichen Gelder derzeit ungeklärt sei. (AP)

220-Millionen-Auftrag
für Stadler aus Holland

BUSSNANG – Das Thurgauer Bahntechnikunternehmen Stadler Rail in Bussnang hat in Holland einen 220-Millionen-Franken-Auftrag erhalten. Die 43 Gelenktriebwagen in dieselektrischer Ausrüstung wurden von der Arriva plc bestellt und werden in Friesland, Groningen und Niedersachsen eingesetzt. Die Arriva-Gruppe mit Hauptsitz in London ist eine führende private Anbieterin im regionalen Schienen- und Busverkehr in Europa. (AP)

Swisscom erhöht Druck

Senkung der Festnetz-Tarife bei Anrufen aufs Mobilnetz

BERN – Der Preiskrieg im Mobilfunk schlägt auch aufs Festnetz durch. Die Swisscom reduziert die Gebühren für Anrufe vom Festnetz auf Swisscom-Handys. Ab Juli bezahlen die Kunden 14 Rappen weniger pro Minute. Damit steigt der Druck auf Sunrise und Orange.

Anrufe vom Swisscom-Festnetz auf Swisscom-Handys kosten neu pro Minute 41 Rappen statt 55 Rappen im Normaltarif und 31 statt 45 Rappen im Niedertarif, wie der Konzern am Freitag bekannt gab. Damit wird der Minutenpreis im Normaltarif um 25 Prozent und im Niedertarif um 31 Prozent billiger.

Noch am Vortag hatte Swisscom-Chef Jens Alder nicht genau sagen wollen, «wann genau Swisscom Fixnet die tieferen Terminierungsgebühren an die Kunden weitergeben wird».

Tele2 senkt auch

Den Preiskrieg hatte die Swisscom in der letzten Woche angezettelt, indem sie die so genannten Terminierungsgebühren gesenkt hatte. Damit müssen andere Telekommunikationsanbieter für die Weiterleitung von Anrufen auf das Swisscom-Handynet ab Juni nur noch 20 statt 33,5 Rappen bezahlen.

Die Konkurrenz steht vor der Entscheidung, ob sie diese Reduktion an die Kunden weitergibt oder in die eigene Tasche steckt. So hat Tele2-Chef Roman Schwarz bereits angekündigt, die Festnetzgebühren senken zu wollen, das Ausmass aber noch offen gelassen.

Der zweitgrösste Schweizer Telekommunikationskonzern Sunrise hielt sich da-



Telefonie im Preiskrieg: Swisscom setzt seine Konkurrenz unter Druck.

gegen bedeckt: «Wir können zum ganzen Thema Terminierungsgebühren im Moment nichts sagen», sagte Sprecherin Muriel Mathis auf Anfrage. Die Lage werde analysiert. Allerdings lägen die Gesprächsgebühren vom Sunrise-Festnetz auf Sunrise-Handys schon seit längerem bei 32 Rappen.

Orange hat als Reaktion auf die Swisscom die Preise für das Handyabonnement Optima um bis zu 30 Prozent gesenkt. Der Konzern evaluiert zurzeit die Höhe der Terminierungsgebühren. «Deshalb können wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen machen, wann und

in welchem Rahmen Anpassungen vorgenommen werden könnten», sagte eine Sprecherin.

Weko-Untersuchung

Dies hat Folgen: Die Swisscom lässt umgekehrt die Preise für Anrufe von ihrem Festnetz auf Handys von Sunrise und Orange unverändert. «Sobald sich diese Anbieter entschlossen, ihre Terminierungsgebühren ebenfalls zu reduzieren, gibt Swisscom Fixnet auch die Reduktion in geeigneter Form ihren Kunden weiter», schreibt der «Blaue Riese». Alder selber hatte sich am Vortag diesbezüglich pessimistisch gezeigt: Orange und Sunrise «werden das wohl gerne einstecken, was wir ihnen geben. Wir gehen nicht davon aus, dass sich unsere Konkurrenten fair benehmen».

Während die Swisscom die Gebührensenkung an die Kunden weitergibt, blieben Anrufe auf Handys von Orange und Sunrise auf dem alten Preisniveau, urteilte ZKB-Analyst Serge Rotzer. Damit habe die Swisscom den Druck auf die Mitbewerber erhöht und sich vom Verteidiger zum Angreifer gewandelt. Dies sei geschickt im regulatorischen und wettbewerbsrechtlichen Umfeld. (sda)

BMW weiht Leipziger Werk offiziell ein

Vorstandsvorsitzender Panke rügt Überregulierung in Deutschland

LEIPZIG – BMW-Chef Helmut Panke hat die Überregulierung in Deutschland gerügt. Es sei unbestreitbar, dass man im internationalen Vergleich am Standort Deutschland mit zu hohen Kosten zu kämpfen habe, sagte er am Freitag anlässlich der Einweihung des neuen Werks in Leipzig vor Journalisten.

Zugleich unterstrich er erneut, dass Deutschland die besten Voraussetzungen habe, um auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein zu können. Wie der Vorstandsvorsitzende weiter sagte, war auch die durch Vereinbarungen zur Arbeitszeit erreichte Flexibilität ein Pluspunkt für Leipzig. Je nach Produktionsvolumen kann an dem sächsischen Standort zwischen 60 und 140 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Die Tatsache, dass man das Leipziger Werk jetzt einweihet, sei deshalb auch ein klares Signal, dass man mit Flexibilität in Deutschland viel bewegen könne.

Panke erläuterte noch einmal, warum sich Leipzig im Wettbewerb gegen die starke Konkurrenz von rund 250 Städten in ganz Europa durchsetzen konnte. Speziell die Nähe zu anderen BMW-Werken sei ein starkes Argument gewesen. Zugleich gebe es eine hohe Dichte an Zulieferern im süd- und mitteldeutschen Raum. Zudem habe die grosse Zahl an hoch qualifizierten Arbeitskräften für einen Standort in Deutschland gesprochen.

BMW-Produktionsvorstand Norbert Reithofer machte deutlich, dass die Entscheidung für Leipzig



Monteurs arbeiten an einem Montageband im neuen BMW-Werk in Leipzig. BMW investierte in die Produktion 1,3 Milliarden Euro.

auf der Strategie «Produktion folgt dem Markt» basierte. BMW habe sich intensiv auf die EU-Osterweiterung vorbereitet. Die Vertriebsgesellschaften rechneten nach dem Beitritt weiterer osteuropäischer Staaten in die Europäische Union mit höheren Absätzen. Leipzig sei dafür die ideale Basis, ohne den Standort Deutschland zu verlassen. Am Nachmittag sollte das Werk

in Leipzig mit einem Festakt offiziell eingeweiht werden. Erwartet wurden dazu ausser Bundeskanzler Gerhard Schröder die Ministerpräsidenten von Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt, Edmund Stoiber, Georg Milbradt und Wolfgang Böhmer. BMW baut bereits seit Anfang März in Leipzig Fahrzeuge der 3er-Reihe. Das Unternehmen investierte in Leipzig rund 1,3

Milliarden Euro. Der blau-weiße Autobauer bekam für sein Engagement in den neuen Bundesländern Fördermittel in Höhe von 363 Millionen Euro. Bei voller Auslastung wird das Werk 5000 Mitarbeiter beschäftigen, 650 Autos sollen dann täglich von den Bändern rollen. Noch einmal 5000 Arbeitsplätze werden bei Zulieferern in der Region erwartet. (AP)

Unia lanciert Petition

BERN – Die Gewerkschaft Unia hat am Freitag eine Petition gegen die Diskriminierung ausländischer Autolenker durch Versicherungen gestartet. Prämienvergleiche zeigten unfaire Unterschiede auf, teilte Unia mit. Die Petition will Indikatoren wie Autostärke zur Festlegung der Prämien.

Lenker aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei zahlen gemäss der Gewerkschaft rund 44 bis 70 Prozent mehr Prämie als Lenker mit einem Schweizer Pass. Aber auch EU-Bürger seien betroffen. So seien die Prämien für Franzosen um rund sechs Prozent höher, Portugiesen, Spanier und Italiener zahlen gar 13 Prozent mehr. Diese gängige Praxis sei absurd. Schliesslich sei allen klar, dass nicht der Pass den Fahrverhalten beeinflusst, sondern individuelle und gesellschaftliche Umstände. Ganze Bevölkerungsgruppen würden so vorverurteilt und die Versicherer würden die Fremdenbedürftigkeit.

Die Unia fordert mit ihrer Petition sinnvolle und objektive Kriterien bei der Festlegung der Prämienhöhe. Sie unterzieht ein Beispiel, welches Versicherungsunternehmen die Prämienhöhe über die Versicherungsart, das Alter und das Geschlecht festsetzt, einer öffentlichen Diskussion. Die Petition ist bis zum 31. September 2005 einzureichen. (AP)